

# Kemnerner Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und illustriertes Unterhaltungsblatt. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer j. 25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streife usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeitungszeitung 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 85

Dienstag, den 21. Juli 1931

33. Jahrg

## Die Abstimmungsarteei

zum **Volksentscheid „Landtagsauflösung“** liegt dem 24. Juli bis einleit. 3. August während der üblichen Geschäftszeit in der Stadtkassette zur Einsicht aus.

Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen.

Kemberg, den 20. Juli 1931.

97]

Der Magistrat.

## Die Kellerräume im Amtsgericht

sollen am **Mittwoch, dem 22. Juli, um 19 Uhr**, auf drei Jahre verpachtet werden.

Sammelort: Amtsgericht. Bedingungen im Termin.

Kemberg, den 20. Juli 1931.

98]

Der Magistrat.

Donnerstag, den 23. Juli, 14 Uhr.

## Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 20. Juli 1931.

96]

Der Magistrat.

## Umfang der deutschen Kapitalflucht.

Mehr als 6 Milliarden RM.

In Verbindung mit der Notverordnung über die Kapitalflucht wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Ueber den Umfang der Kapitalflucht aus Deutschland gehen auch in Sachverständigenkreisen die Meinungen erheblich auseinander. Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmaß hat auf dem Provinzialparteiitag der Zentrumspartei in Kiel im Mai 1930 ausgeführt:

„Gegenwärtig befinden sich bei der ungeheuren Kapitalverknappung für langfristige Anleihen etwa 8 Milliarden RM deutsches Geld im Ausland, vorwiegend in der Schweiz. Dieses Verhalten der deutschen Kapitalbesitzer ist unparitätisch und muß aus schärfste verurteilt werden.“

Im geraden Gegensatz hierzu stehen Ausführungen, die Professor Dr. Gaffel im November 1930 gemacht hat und in denen er die Behauptung aufgestellt hat, daß die Annahme einer Kapitalflucht in Deutschland eine Redensart sei. Gaffel macht folgende Berechnung auf: „Das Ausland hat seit 1924 an Deutschland geliehen: kurzfristige Anleihen 11,3 Milliarden, langfristige Anleihen 9,3 Milliarden. Außerdem sorgte das Ausland Deutschland 6 Milliarden als Beteiligungen. Das Ausland hat von Deutschland erhalten: Tributlasten 8 Milliarden, Zinsen 2 Milliarden. Deutschland nahm für 7,5 Milliarden mehr Waren auf, als es ausführte, und gab an das Ausland 9,4 Milliarden Beteiligungen und Anleihen.“

Eine eigentliche Kapitalflucht besteht nicht, sondern es handelt sich nur um einen Beschußwechsel.

Es ist indessen nicht richtig, lediglich gelmäßig diesen Vorgang zu betrachten. In den Verhandlungen der Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft vom Oktober 1930 ist bis zum Jahre 1929 die deutsche Kapitalflucht auf 4 bis 4,5 Milliarden RM beziffert worden. Während 1924 und 1925 Kapital bereinstamt, hat bereits im Jahre 1926 die Kapitalabwanderung eingeleitet, die sich bis zum Jahre 1929 auf die erwähnte Summe gesteigert hat.

Im Jahre 1930 hat die Kapitalabwanderung nach allgemeinem Eindruck einen großen Umfang angenommen. Man wird sie auf mindestens 1,5 Milliarden schätzen können.

Nach einer Berechnung beträgt der deutsche Gesamt-Kapitaleport seit der Stabilisierung mehr als 6 Milliarden RM. Es muß aber auch in diesem Zusammenhang betont werden, daß das Institut für Konjunkturforschung zu Beginn des Jahres 1930 den Betrag der Kapitalflucht für das Jahr 1930 nur auf rund 700 Millionen RM geschätzt hat.

Aber selbst wenn man diese Summe annimmt und dazu noch die Kapitalflucht des Jahres 1931 in Rechnung stellt, kommt man auf einen Betrag von mehr als 6 Milliarden RM.

Dabei wird auch die Auffassung des Reichsfinanzministers Dietrich richtig sein, wenn er sagte, daß es im letzten Jahr nicht mehr sehr viele Deute gegeben hat, die Geld ins Ausland schaffen konnten.

Die Gesamtziffer der Kapitalflucht wird sich nie rechnungsmäßig genau ermitteln lassen. Es handelt sich immer nur um Schätzungen, und es ist sehr schwierig, die Verhältnisse bei der Rückkehr Deutschlands zur festen Währung einigermaßen sicher zu schätzen. Nebenfalls ist aber die Gesamtziffer und auch die Vermehrung seit dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen sehr hoch, so daß die Kapitalflucht in ihrem jetzigen Stadium durchgreifende Maßnahmen erforderlich gemacht hat.

taflucht in ihrem jetzigen Stadium durchgreifende Maßnahmen erforderlich gemacht hat.

## Keine Einberufung des Reichstages.

Keltesentrat am 23. Juli.

Berlin, 18. Juli

Der Keltesentrat des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Lohde zu einer Sitzung zusammen, um zu den Anträgen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen. Die Anträge wurden von den Vertretern der Oppositionsparteien begründet.

Da jedoch nur die Antragsteller für sie eintreten, wurde ein großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Dahingegen wurde dem Zusammentritt des Keltesentrates am 23. Juli — also nach der Londoner Entscheidung — zugestimmt. Präsident Lohde brachte ein Schreiben des Reichsfanzlers Dr. Brüning zur Kenntnis, in dem es heißt:

„Im Hinblick auf den großen Ernst der gegenwärtigen Lage, die ich nicht mehr ernst dazulegen brauche, muß ich das hohe Haus ausprechen, die Anträge auf Einberufung des Reichstages abzulehnen. Der Zusammentritt des Reichstages kann in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes nur schweren Schäden anrichten.“

## Zweckoptimismus in Paris.

„Seine ultimative Forderungen.“

Die gelangten Pariser Blätter geben der Auffassung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Paris eine Entspannung herbeiführen werden, schon aus dem Grunde, weil man ja in keiner Weise ultimative Forderungen stelle, sondern lediglich eigentlich selbstverständliche finanzielle und politische Garantien verlange. Da aber mittlerweile bekannt geworden ist, daß auch der italienische Außenminister Grandi an den Verhandlungen teilnehmen würde, so freut man sich immerhin etwas besorgt, welche Haltung dieser einzunehmen gedenke.

Der politische Berichterstatter des „Matin“, Suverwein, wendet sich jedoch sehr scharf gegen die englischen Wüßhchen, die Pariser Konferenz als eine Art Vorbereitungsphase hinzustellen, um die Hauptfragen erst in London zu regeln. Es handele sich, so betont er, bei der Regelung der deutsch-französischen Beziehungen nicht um eine Frage, die eines Schlichters bedürfe, noch habe man die Absicht, das Verhandlungsgebiet zu erweitern. Zwischen Frankreich und Deutschland gebe es keinerlei Dermittelbarkeit, ganz gleich, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Die zu regelnden Fragen müßten von Angesicht zu Angesicht zwischen den deutschen und den französischen Vertretern erledigt werden. Die Verhandlungen würden sich auf der Grundlage der wirtschaftlichen und finanziellen Krise Mitteleuropas und den zu ihrer Beseitigung möglichen Mitteln bewegen. Es handele sich weder um Abrüstung noch um eine Revision der Verträge. Wenn die französische Regierung die englische Einladung entgegennehme, so würde das bedeuten, daß die Pariser Besprechungen erfolgreich gesehen seien.

Leon Blum verurteilt im „Populaire“ aufs schärfste die französische Absicht, die Diskussion für Deutschland gewissen politischen Garantien unterzuordnen.

Diese Garantien hätten nur dann Wert, wenn sie von Deutschland ohne Aufforderung erfüllt würden. Sie müßten eine Folge der französischen Hilfe sein und nicht eine Vorbedingung. Die französische Regierung verscherze sich hierdurch den größten Teil der moralischen Auswirkungen ihrer Handlung. Sie zeige sich einer Aufgabe nicht gewachsen, die man als historisch begnadeten könne.

## London gegen die französischen Pläne.

Die gesamte Londoner Presse nimmt gegen die französischen Pläne Stellung. „Times“ vertreten den Standpunkt, daß eine Anleihe von 2 Milliarden RM für Deutschland, die innerhalb von zehn Jahren rückzahlbar sei, augenblicklich nicht zweckdienlich sei. Alles, was Deutschland wirtschaftlich gebrauche, sei ein kurzfristiger Kredit, um das Vertrauen in Deutschland wiederherzustellen. Die Stabilität seiner Währung aufrechtzuerhalten und um auf diese Weise die Mindestmenge von Kapital wieder an sich zu ziehen, die Deutschland gebrauche. Der diplomatische Korrespondent des

„Daily Telegraph“

betont, daß Deutschland die gestellten französischen Bedingungen nicht werde annehmen können. Auch sei es die Ansicht englischer Kreise, daß im Falle einer internationalen Anleihe der französische Anteil nicht größer als derjenige Englands oder Amerikas sein sollte. Hinsichtlich der Kapitalflucht gibt er die Ansicht von sachverständigen Engländern dahin wieder, daß schon das Dawes-Komitee des Dawes-Komitees über die Unmöglichkeit berichtet habe, wirtschaftliche Mittel gegen eine Kapitalflucht zu finden. Die einzig mögliche Methode bestände darin, das Vertrauen wiederherzustellen.

„Daily Herald“

erklärt, daß England sich voraussichtlich auf die Seite Ame-

rikas stellen werde, das den französischen Bedingungen nicht zustimme. Sonderheit werde aber in Paris auf die Deutschen einen Druck dahin ausüben, eine entgegenkommende Haltung einzunehmen. Auf der Londoner Konferenz werde Amerika voraussichtlich einen Antrag einbringen, daß parallel mit dem Schuldenfestjahr ein Rüftungsfestjahr gehen sollte. Ein jedermann in England lie dagegen, daß Deutschland in den Zustand wirtschaftlicher Schlawerei gebracht würde. Der Pariser Korrespondent der

„Morningpost“

sagt, daß die französischen Forderungen nicht etwa das Höchstmaß, sondern das Mindestmaß darstellten, denn die Franzosen wollten den Verfall der Verträge auf weitere zehn Jahre hinaus gegen jegliche Angriffe sichern.

## Amerika nimmt die Forderungen nicht ernst.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost“ gibt die amerikanische Auffassung dahin wieder, daß man dort von England die Vorlage eines Gegenplanes erwarte. Die amerikanische Regierung lehne es ab, die französischen Vorschläge für ernst zu nehmen.

Im übrigen sei Amerika gegen jeden Versuch, aus Deutschland erniedrigende Zugeständnisse herauszuquetschen, und zwar ganz abgesehen von anderen Gründen, besonders im Hinblick auf die Rückwirkungen in Deutschland und die Gefahr für die Brüning-Regierung. Andererseits sei Amerika auch gegen solche Schritte, die mit ein Verlich einer Isolierung Frankreichs angehen würden, denn man glaube, daß ohne Frankreichs Mitarbeit keine Hoffnung auf politische oder wirtschaftliche Sicherheit in Europa bestände.

## Hoover gibt genaue Anweisungen.

Präsident Hoover hat auf dem kabelwege Staatssekretär Stimson genaue Anweisungen gegeben lassen. Im Weihen Haupte wird dazu erklärt, daß Staatssekretär Stimson angewiesen worden ist, seine Mitarbeit bei den Verhandlungen lediglich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken.

Präsident Hoover hat auch den in Chicago auf Urlaub befindlichen Botschafter Dawes aufgefordert, unverzüglich auf seinen Londoner Posten zurückzukehren, um die Staatssekretäre Mellon und Stimson bei den Verhandlungen zu unterstützen. Im Weihen Haupte macht man sich ansehend auf eine längere Dauer der Konferenz gefaßt.

## Frankreichs geistloses Echo.

Das polnische Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, begrüßt wie auch die übrige Presse mit Freude und Anerkennung die Bedingungen, die den deutschen Ministern in Paris zur Annahme vorgelegt werden sollen. Das Blatt bezeichnet diese Bedingungen als bescheiden, weil sie der Notwendigkeit Rechnung tragen und darüber auch nicht weiter hinausgehen. Der wichtigste Punkt der Forderungen sei der nach universaler Sicherheit, zumal nur eine solche den Frieden und die Ordnung in Europa zu garantieren vermöge. Entscheidend jedoch sei nach Meinung des Blattes, ob die Deutschen auf diese Bedingungen auch wirklich mit Ehrlichkeit eingehen würden. Das sei in diesem Falle wichtiger als der Inhalt selbst.

## Die Ankunft in Paris.

Die deutschen Reichsminister trafen um 14.05 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof ein und wurden von den amtlichen französischen Persönlichkeiten empfangen. Etwa eine halbe Stunde vor Ankunft des Nordexpress trafen Canal, Briand, Francois Poncet und Berthelot sowie der Polizeipräsident Chiappe auf dem polizeilich abgegrenzten Bahnsteig ein, während von der deutschen Botschaft sämtliche Mitglieder mit dem Botschaftsrat Forster an der Spitze erschienen waren.

Auf dem für die Begrüßung freigelassenen Teil des Bahnsteiges waren nur die amtlichen Persönlichkeiten und einige bevorzugte Pressevertreter zugelassen. Als der Zug eintraf, warteten Reichskanzler Brüning und Dr. Curtius, begleitet von Botschafter von Jochis, ihren Wagen, worauf die französischen amtlichen Vertreter ihnen entgegenkamen und sie mit kurzen Händschütteln und den üblichen Worten begrüßten. Offizielle Anreden wurden bei dieser Gelegenheit nicht gehalten. Nach dem Verlassen des Bahnsteigs wurden die Minister dem Kreuzfeuer der Photographen ausgesetzt, während das Publikum forschelt „Vive la France!“, „Vive la Paix!“ und „Vive Anwal!“ rief. Die Herren befestigten ihre Wagen und fuhren ungehindert zu deutschen Botschaft bzw. zu den französischen Amtsgebäuden.

## Die ersten Höflichkeitsbesuche.

Reichskanzler Brüning hat sogleich nach seiner Ankunft in Paris dem Ministerpräsidenten Baal einen Besuch abgelegt, der bis 16.30 Uhr dauerte. Gleichseitig ludte der Reichsfinanzminister Curtius Briand auf. Um 16.30 Uhr begann im Gebäude des Außenministeriums die erste Zusammenkunft zwischen den deutschen und den französischen Ministern. Die Unterredung wurde um 19 Uhr abgeschlossen, da die französische Regierung noch geschäftlichen Pflichten nachzutreten hatte.

### Parteien der Rechten an den Reichsfanzler.

Namens der Fraktionsgemeinschaft des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der konservativen Volkspartei haben die Abgeordneten Simpfendorfer und Graf Westphal an den Reichsfanzler vor seiner Abreise nach Paris folgenden Brief gerichtet:

„Wir haben mit unseren Stimmen die Einberufung des Reichstages verhindern helfen und sind bereit, Ihre feierliche Politik weiterhin zu stützen. Das ist nur möglich, wenn Sie, Herr Reichsfanzler, in Paris die demütigenden und entwürdigenden Forderungen, die Sie dort zu erwarten scheinen, unbegrenzt ablehnen und insbesondere jede Bindung der Handlungsfreiheit für die Zukunft vermeiden.“

Durch überzogene Entziehung von mehreren Milliarden kurzfristiger Kredite hat das Ausland die deutsche Wirtschaft in eine Katastrophe gestürzt, die auch für das Ausland nicht ohne schädigende Folgen bleiben konnte. Wenn das Ausland jetzt nicht bereit ist, ohne entwürdigende Bedingungen einen Teil der entzogenen Kredite zurückzugeben, und zwar in langfristiger Form, durch die eine Wiederholung derartiger Krisen vermieden wird, so muß das deutsche Volk seine Lebenshaltung und seine Wirtschaft auf die veränderte Kapitalgrundlage einstellen. Rücknahme auf Schäden, die dadurch dem Auslande erwachsen, ist nicht mehr möglich. Das deutsche Volk wird aber, davon sind wir überzeugt, unter leitender Führung die schweren Opfer, die damit verbunden sind, tragen und um seiner Freiheit willen in Armut weiterarbeiten und kämpfen.

Nur eine Regierung, die eine derartige Politik mit fester Hand nach innen und außen führt, wird von dem Volke sein können, die gegenwärtige Krise überwinden und uns der Freiheit entgegenführen.“

Die Wirtschaftspartei und das Landvolk haben sich mit Rücksicht auf den ersten Satz des Schreibens diesem Schritt nicht angeschlossen, pflichten ihm aber im sonstigen Inhalt voll bei. Desgleichen erklärt der Parteiführer der D.V.P., Dingeldey: „Die Erklärungen des Reichsfanzlers und unseres Freundes Curtius in den letzten Tagen geben mir die Sicherheit, daß sie nichts ertragen und sich zu nichts verpflichten werden, welche die Freiheit, was gegen die nationale und wirtschaftliche Lebensfreiheit unseres Volkes sich richtet.“

Sollten sich allerdings die von der französischen Presse veröffentlichten „Bedingungen“ als die Grundlage erweisen, auf der die französischen Staatsmänner eine angebliche „Verständigung“ uns antragen wollen, so kann hier nur die einzige Antwort gegeben werden: Eine deutsche Regierung, die das unterbreiten wollte, würde im selben Augenblick die Grundlage ihrer Existenz im deutschen Volke verloren haben.“

### Französischer Zwei-Milliarden-Plan.

Die Bedingungen für die Anleihe.

Paris 18. Juli

Die ganze französische Presse erwartet mit Spannung die Ankunft der deutschen Minister. Inzwischen ergeht man sich in Mutmaßungen über die Beschlüsse des Ministerrats. Dieser soll Garantien als unumgängliche Vorbedingung für die Hilfe für Deutschland fordern. Nach der Auffassung des „Cepteur“ besteht der französische Plan aus fünf Hauptpunkten, die sich auf die französische Hilfe und die verlangte Sicherheit beziehen.

Die europäischen Großmächte und Amerika sollen danach der 23. die Deutschland notwendige Kredite zur Verfügung stellen. Diese soll für die Reichsregierung verpfändet werden. Die Kredite sollen durch die hundertsten Einkünfte des Reiches (Zölle) garantiert sein. Die Reichsregierung soll außerdem verpflichtet werden, während einer bestimmten Zeit nichts zu tun, was „das Vertrauen untergraben könne“ und geeignet sei, den Markkurs zu schwächen. Deutschland soll dem Finanzanspruch des Völkerbundes jährlich seinen Haushalt mitteilen einschließlich der Haushalte der Länder und Gemeinden.

Das Blatt ist der Ansicht, daß diese Bedingungen die Würde und Ehre des Reiches nicht verletzen. Die Höhe seiner Ausgaben festzulegen, bleibe Deutschland vollkommen unbenommen. Andere Blätter sprechen davon, daß Deutschland zuerst einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar durch die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank und die Bank von England zur Sicherung der Reichsmark gemittelt werden soll.



20. Fortsetzung.

Das hatte sie vor einem Jahr, logisch nachdem ihr erster Roman in die Welt gewandert war, bei einer ihrer frühesten Schillerinnen die Bekanntheit einer Dame gemacht, die sich bald durch die gleichen schriftstellerischen Interessen und gegenwärtigen Wohlgefallen, trotz des Altersunterschieds, zu fester Freundschaft entwickelte.

Frau Baurat Arnold war mit ihrem Gatten vor ungefähr zwei Jahren nach Berlin gezogen. Sie war eine Frau in den vierzigern, lebenswürdig, voll Humor, dabei gutmütig und anhänglich. Sie hatte nur einen großen Fehler, ihre Schriftstelleri.

Mäßig besetzt, wenn überhaupt von einer Begabung die Rede sein konnte, von geringen, kaum nennenswerten Erfolgen gekrönt, heftete sie doch ihr ganzes Augenmerk auf die Ausübung dieses Berufes und vergaß darüber nicht selten ihren ureigensten Beruf der Hausfrau und Gattin auszubilden.

Das brachte denn zuweilen Anfeindungen in die sonst glückliche Ehe und ließ den Gatten hin und wieder über ihr schriftstellerndes Treiben zu äußern. Glücklicherweise waren Söhne und Töchter erwachsen, verheiratet und außer dem Hause.

Sie hütete sich wohl, einen Zweifel in die schriftstellerischen Leistungen Frau Arnolds zu legen oder zu zeigen, dazu war diese ihr viel zu lieb. Auch gab ihr die erfahrene Frau viel Anregung zu eigenem Schreiben. Sie wußte so viele interessante Geschichten aus der Gesellschaft, die scharfe Beobachtung und ausgezeichnete Menschenkenntnis verrieten, zu erzählen, das hatte keinen geringen Wert für sie, wenn sie auch häufig erst das Gold von der Schale weinigen mußte.

Diese Geschichten waren kleine Skandalgeschichten, die sie zuerst in den Kauf nehmen mußte und daran Frau Arnold überließ.

Dieser Kredit soll dann später in eine von Frankreich, England, Amerika, Italien und Belgien gegebene Anleihe in derselben Höhe umgewandelt werden.

Diese soll nach zehn Jahren zurückgezahlt werden. Ein Ausschuß, der noch einzulegen ist, soll die Rückzahlung der Anleihe überwachen, die von der W.B.Z. vermittelt wird.

### Berlin lag: Keine Verhandlungsgrundlage.

Zu den in der französischen Presse aufgestellten Forderungen an Deutschland erklärt man in Berliner politischen Kreisen, vorläufig handele es sich dabei lediglich um französische Pressefälschungen, die wohl allerdings unter amtlichem Einfluß aufgestellt worden seien.

Es sei anzunehmen, daß es sich dabei um Maximalforderungen handele, die ja vor jeder Konferenz aufgestellt zu werden pflegen. Sicher sei es, daß es für die deutschen Minister gar nicht in Frage komme, auf dieser Grundlage mit den Franzosen zu verhandeln.

### Die deutsch-französische Ministerbesprechung.

Ministerpräsident Caual hat die Minister Flandin, Maginot und Rappand zu Besprechungen empfangen, woran sich eine Konferenz Cauals mit Henderson und Stimlon angeschlossen. Letzteren Besprechungen wohnte Finanzminister Flandin ebenfalls bei. Es wurde folgende Verlautbarung veröffentlicht:

Ministerpräsident Caual hat den britischen und den amerikanischen Außenminister über die bevorstehende Ankunft Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris informiert, die für Sonnabend nächsten hier erwartet werden. Er hat ihnen gleichzeitig Mitteilung über die Beratungen im Ministerrat hinsichtlich der Finanzfrage in Deutschland gemacht. Caual hat im Anschluß an diese Besprechungen den italienischen Vizepräsidenten Manzoni empfangen. Zwischen den deutschen und den französischen Ministern werden Sonnabend um 16 Uhr Besprechungen beginnen, an die sich dann die gemeinsame Konferenz anschließt.

### Aufgaben der Londoner Konferenz.

Englischen Pressemitteilungen zufolge wird sich die Londoner Ministerkonferenz mit den folgenden Fragen zu befassen haben:

1. Gewährung von internationalen Krediten, Anleihen oder sonstigen finanziellen Hilfsmaßnahmen für Deutschland in großem Umfang unter Regierungsgarantien und möglicherweise unter den Bedingungen der Weltbank. 2. Finanzielle Garantien, die Deutschland zu geben hat. 3. Fragen besonderer internationaler Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, die sich notwendigerweise aus der finanziellen Krise in Deutschland und Zentralamerika ergeben. 4. Politische Garantien, die Frankreich von Deutschland zu geben hat. Der Erfolg einer 2-Milliarden-Anleihe wird wesentlich von den getroffenen Bedingungen abhängen. Deren weiche Natur würde man wohl aber erst nach der Konferenz zu erfahren bekommen.

Aus einem Bericht des „Daily Herald“ geht hervor, daß bei der englischen Regierung die Sorgen um die weitere Entwicklung der Wirtschaft und Finanzlage eine wesentliche Rolle spielen, als sie die Ministerkonferenz plötzlich einberufen. Entsprechend haben die Bankfreie einen starken Druck ausgeübt.

### „Nation ist Kampf“.

Reichsminister Treutmann zur politischen Lage.

Berlin, 19. Juli

Reichsminister Treutmann sprach im Rundfunk zur politischen Lage. Am Verlauf seiner Ausführungen kündigte der Minister an, daß ab Montag bis Donnerstag nächster Woche eine weitere Voderung der Zahlungsbewertung eintreten werde.

Es solle die Möglichkeit gegeben werden, Sparguthaben, bis zu 20 Mark täglich abzurufen. Von laufenden Konten dürften bis 100 Mark in Höchstbetrag abgehoben werden. 2000 Mark und im engeren Kreise der Banken bis 15 000 Mark erhoben werden. Ferner solle das Wechselnotorium abgebaut werden.

Weiter kündigte der Minister an, daß die Notverordnung gegen Kapital- und Steuerflucht jedem genügend Zeit zur Mitteilung an das Finanzamt und die Reichsbank geben werde. Wer diese Frist zur Anmeldung jedoch nicht einhalte, werde rücksichtslos mit Zuschlägen, Gefängnisstrafen und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

Am Dienstag habe sich beim Grenzübertritt 100 Reichsmark für jeden Fuß, mit Ausnahme der Wandarbeiter und des kleinen Grenzverkehrs zu zahlen.

Obgleich erst zwei Jahre in Berlin, wußte sie doch in den verschiedensten Gesellschaftskreisen Bekantheit; sie kannte ganze Familiengeschichten auswendig, wußte von haarsträubenden Zwistigkeiten, unglücklichen Ehen und dergleichen mehr zu erzählen. Und das tat sie nicht etwa aus böswilliger Verleumdungslust, sondern aus einem Wohlgefallen und Teilnahme daran.

Sie blieb ansehender immer die geduldige Zuhörerin und wußte doch nachher oft nicht mehr zu sagen, was sie alles gehört hatte.

Nur einmal wurde sie aufmerksam, als aus dem Munde Frau Arnolds der Name Bruchhausen fiel.

Frau Arnold hatte, trotzdem sie überall orientiert war, doch keine Ahnung, in welchen Beziehungen dieser zu ihr gestanden und welcher Roman sich nicht in dem Leben ihrer jungen, berühmten Kollegin abspielte. Dazu lag die Zeit zu weit zurück. Auch war sie in den Kreisen, die einst Jias Verkehr gebildet hatten, weniger bekannt.

Sie hatte den Regierungsausschreiber Bruchhausen, wie er jetzt tituliert wurde, auf einem jener Wohlhabendenspartys kennen gelernt, die in der letzten Zeit so häufig im Reichshaus stattfanden und die Weibchenzeitung zu veranlassen pflegten, kennen gelernt.

Zu ihrem Lebensleben blieb es jedoch bei dieser flüchtigen Bekanntheit, es fand sich nie mehr Gelegenheit, sich ihm zu nähern. Das bebauerte sie umlorn, als man sich allerhand interessante Geschichten von ihm zu erzählen wußte, zu denen auch diejenige gehörte, wie er zu seiner jungen, schönen und fremdlandblühenden Braut gekommen war.

Frau Arnold hatte auch diese kennen gelernt, sie war ja der Wirtelmann des Festes gewesen, dem sich die Hauptaufmerksamkeit zugewandt hatte. Sie verkaufte an einer Bude Wein, und diese Bude war so beliebt, daß es Frau Arnold schwer geworden war, durchzudringen, um diese Frau zu sehen.

Ein guter Bekannter hatte dann ihre Neugier befriedigt und ihr erzählt, daß Bruchhausen seine Braut vor vier Jahren auf einem italienischen Vagabund kennen gelernt habe. Dort hatte sie, eine Italienerin aus Mailand — sie wollte bei Verwandten in Berlin zum Besuch — in der Nationaltracht ihres Landes Drucken und andere Süßbrühe, sowie

die Augen der ganzen Welt, so führte der Minister weiter aus, seien jetzt die Männer gerichtet, die nach Paris fahren. Ein 65 Millionen-Volk warte darauf, wieder in Frieden und Freiheit zu leben. Die Opfer, die wir zu bringen bereit seien, dürften jedoch nicht auf Kosten unseres nationalen Erfolges gebracht werden. Die Reichsregierung habe mit ihren künftigen Notverordnungen nicht die Kapitalmarkt befechtigen können. Nur die stärksten Stellungen seien gemittelt worden.

Die Forderungen würden planmäßig weiter verfolgt werden. Der Bestand der Wirtschaft hänge davon ab, daß die Spätere das Vertrauen haben, daß die Wirtschaft ehlich mit diesem Gelde wirtschaftet.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärte der Minister, daß man sich durch den Erfolg der Tribunalisten nicht zu der Meinung verführen lassen dürfe, daß nun das goldene Zeitalter begonnen habe. Schmerses liehe noch bevor. Dringend mahnte der Minister zur Einigkeit und Geschlossenheit. Nation zu sein, sei kein Vergnügen, sondern ein Kampf.

### Die Arbeitszeitverkürzung.

Bereitswilligkeit in Brauindustrie und verwandten Gewerben.

Berlin, 19. Juli.

In Verfolg der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 verliehenen Ermächtigung zur Verkürzung der Arbeitszeit fanden im Reichsarbeitsministerium am 15. und 17. Juli weiterhin Verhandlungen mit dem Gastwirtschafts- und mit dem Brauergewerbe einschließlich der Malzfabrikation statt, um auch in diesen Gewerben die Verkürzung der Arbeitszeit und der Arbeitsnehmer zu einer genauen Prüfung und Ausnutzung der vorhandenen

Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung unter möglicher Neueneinleitung von Arbeitern zu veranlassen und durch ein solches freiwilliges Vorgehen den Erfolg einer Verordnung der Reichsregierung entbehrlich zu machen.

In beiden Gewerben erklärten sich die beiderseitigen Verbände bereit, in die gewöhnliche Prüfung einzutreten oder in diesem Sinne auf die angebotenen Unterabreden einzuzustimmen und dem Reichsarbeitsministerium insoweit eine angemesenen Frist über das Ergebnis zu berichten. In der Brauindustrie insbesondere konnte festgestellt werden, daß die Arbeitszeitverkürzung schon jetzt in zahlreichen Betrieben durchgeführt oder in die Wege geleitet ist.

### Seckts Werke als Lehrbücher.

Unberechtigte Benutzung in der Roten Armee.

Moskau, 19. Juli.

Der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion hat beschlossen, die letzten Werke des ehemaligen Oberbefehlshabers der deutschen Reichswehr, des Generals von Seckt, in russischer Sprache herauszugeben und sie als Lehrbücher für die gelangde Wehrmacht der Sowjetunion zu empfehlen. Die Ausgabe dieser Bücher erfolgt auf eine besondere Empfehlung des Kriegskommissars Woroschilow und des Chefs des russischen Generalstabes, Segorow, die die Werte des Generals von Seckt als bedeutende Aufklärungswerte über moderne Strategie bezeichnen.

Die Frage, ob die Herausgabe der Werke des Generals von Seckt mit seiner Zustimmung erfolgt, ist bisher nicht zu klären gewesen. Da zwischen Deutschland und der Sowjetunion keine literarische Konvention besteht, wird behauptet, daß diese Werke ohne Erlaubnis des Generals von Seckt abgedruckt werden.

### Angriffe gegen die Wehrmacht.

Berichterstattung über die Reichswehr.

Berlin, 19. Juli.

Der Chef der Heeresleitung hat eine Verfügung herausgegeben über die Berichterstattung bei besonderen Vorkommnissen in der Reichswehr. Hierzu gehören insbesondere Vorfälle, die zu Angriffen gegen die Wehrmacht in Presse und Parlament Anlaß geben können oder gegeben haben. Es gehören dazu weiter Unglücksfälle durch Angehörige oder Einrichtungen der Wehrmacht, Entsendung von Hilfskommandos u. a. bei inneren Unruhen, Todesfälle von Offizieren, Mißhandlungsfälle, Unterdrückungen, Gerichtsverfahren, in denen Offiziere als Beschuldigte oder Zeugen eine Rolle spielen und die Einstellung von Grenoerfahren.

den feurigen Chianti und Afti humante verkauft. Ihre Bude war damals, wie auch heute, von Landsleuten und Deutschen umlagert gewesen, und man hatte um einen Blick aus den dunklen, feurigen Augen, um ein melodisches „Gräze“ von ihren liebelnden Lippen, Unnummen für die Wohlfrüchtigkeit geopfert.

Bruchhausen war einer der eifrigsten Betageter gewesen. Die Schönheit Charlotta Fetraris hatte ihn bezaubert, wie der feurige Wein, den sie ihm mit sauberhaltigem Mädeln kredenzt. Seitdem war er ihr nachgegangen, und schließlich waren sie ein Brautpaar geworden.

So hatte Frau Arnold es gehört und mit allerhand Ausschmückung Jia erzählt. Sie hatte ruhig zugehört, ohne mit der Wimper zu zucken. Das einzige, was sie dabei empfand, war der Wunsch, daß die junge Dame nie erfahren möchte, was sie einst erfahren mußte: Enttäuschung über Bruchhausens Charakter.

Weiter würde sie sich mit dem Schicksal Bruchhausens nicht befähigt haben, wenn Frau Arnold es nicht hätte und wieder daran erinnert hätte. Das Thema Bruchhausen schien eine Schwärze bei dieser geworden zu sein; sie kam nicht los davon.

„Denken Sie nur,“ sagte sie einmal ganz angeregt, „was ich in Erfahrung gebracht habe: Bruchhausen soll ein echter Liebhaber gewesen sein, und deshalb soll ihm seine erste Braut den Abschied gegeben haben.“

Sie war leicht zusammengezuckt und hatte die Erzählung, so lebhaft angehört, daß als Frau Arnold harmlos weiter erzählte und in nichts merkte, daß sie die erste Braut konnte, wurde sie wieder ruhiger, und doch hätte sie sich am liebsten beide Ohren zuhalten mögen, um nicht die genauen Einzelheiten von Frau Arnolds Schilderung anhören zu müssen.

Glücklicherweise waren ihre Gedanken von Berufsangelegenheiten und der bevorstehenden Reise in ein Annapolis genommen, daß darüber alles andere bald in Vergessenheit geriet.

(Fortsetzung folgt.)

Der Chef der Heeresleitung hält die Berichtserstattung über diese Hofkommunale für notwendig, damit die Öffentlichkeit sofort über den wahren Sachverhalt unterrichtet und eine falsche Darstellung richtiggestellt werden kann.

Die erste Meldung erfolgt durch den Standortoffizier oder durch den Truppendienst an den Reichswaffenminister und an den Reichswehrkommandeur, in dessen Bereich sich der Vorfall ereignet hat. Die Liebermittlung hat durch Briefteleogramm zu geschehen, in dringenden Fällen durch Telegramm und ausnahmsweise fernmündlich.

## Kennzeichnung des Brotgewichts.

Intakttreten der Verordnung am 15. August 1931.

Berlin, 18. Juli.

Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 haben die Bestimmungen des Brotgesetzes über die Herstellung von Roggenbrot nach festem Gewicht und über die Angabe des Brotgewichts eine neue Fassung erhalten. In Verfolg hiervon hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrates die erforderliche Ausführungsverordnung erlassen.

Diese „Verordnung über die Angabe des Brotgewichts“, die mit dem 15. August 1931 in Kraft tritt, schreibt im wesentlichen vor, daß das Brotgewicht auf dem ungeschnittenen Brote in Gramm oder Kilogramm leicht erkennbar auf der Kruste (Rinde) durch Einprägen eines Stempels in die Oberfläche des Teiges oder durch feste Anbringung einer Papiermarke oder auf einer Banderole anzugeben ist.

Ist das Brot in einer Umhüllung verpackt, so ist es erforderlich, aber auch genügend, wenn die Gewichtsangabe leicht erkennbar auf der Umhüllung angebracht ist. Um den Übergang zu erleichtern, ist ferner noch vorgegeben, daß bei dem in einer Umhüllung verpackten Brot bis zum 1. Oktober 1931 die Angabe des Gewichts auf der Kruste (Rinde) ausreißend ist.

Am 18. August wird von Seiten der Landvolkpartei mitgeteilt, daß die deutsche Landwirtschaft trotz ihrer Notlage auch heute infamische Feinde, die Ernährer des Volkes, auf die es jetzt in erster Linie ankommt, sicherzustellen. Es sei aber auch Ehrenpflicht des Verbrauchers, nur deutsche Erzeugnisse zu verwenden.

## Deutsche Tageschau.

**Deutscher Börse bleibt bis auf weiteres geschlossen.**  
Der Berliner Börsenvorstand hat am Sonnabendmittag beschlossen, mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Eröffnung der Berliner Wertpapier- und Metallbörsen vorläufig auszulassen. Sobald der Zahlungsverkehr es gestattet, wird über die Wiedereröffnung Bescheid gefaßt werden. Die Kreditkassen sollen in dem bisherigen beschränkten Umfang tätig bleiben.

### Vierzehntägige Gefahrschulung?

Zu der Meldung, daß geplant ist, die Beamtengehälter vorübergehend vierzehntägig zu zahlen, erfahren wir, daß dieser Gedanke allerdings bei den zuständigen Ministern erwohnt wird. Ob er durchgeführt wird, dürfte sich erst nach Abschluß der Pariser und Londoner Verhandlungen entscheiden, wenn die finanzielle Lage sich besser übersehen läßt.

### Keine kalifornischen Früchte mehr für Deutschland.

Die schwerige Wirtschaftslage Deutschlands hat sich nunmehr auch auf den Fruchtmarkt der englischen Dominien ausgewirkt. Es wird berichtet, daß Früchte im Werte von 2 Millionen RM, die aus Kalifornien und Kalifornien nach Deutschland verschifft werden sollen, nach London überlegt werden, weil Deutschland sie nicht bezahlen könnte. In den Londoner Fruchtmärkten von Covent Garden hat diese Mitteilung erhebliche Beforgnis ausgelöst, da der Markt schon mit Früchten überflutet ist.

## Die Ausschreitungen im Reich.

### Zusammenstöße vor der Kieler Universität.

Vor der Universität Kiel kam es zu Schlägereien zwischen politischen Gegnern. Von sozialdemokratischer Seite waren Flugblätter gegen die Nationalsozialisten vor der Freitreppe der Universität verteilt worden. Nationalsozialistische Studenten verletzten, die Gegner zu vertrieben. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Das Lieberfallkommando brachte die Gegner auseinander.

### Wieder Feuergefecht in Gelsenkirchen.

In verlassenen Straßen Gelsenkirchens kam es erneut zu wiederholten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Polizei wurde beschossen und erlitt erhebliche Verluste. Von der Polizei wurde eine energische Säuberungsaktion vorgenommen. Einer der Aufwühler erlitt einen Bauchschuß, ein anderer einen Knieschuß und ein dritter einen Armbruch. Die Verletzten der beiden Parteien sind lebensgefährlich. Inangelamt wurden in der Nacht 33 Personen festgenommen. Dem energischen Vorgehen der von zahlreichen Beamten der Kriminalpolizei unterstützten Schutzpolizei war die Ruhe gegen 1 Uhr vollständig wiederhergestellt. Der bei den Ausschreitungen in Gelsenkirchen entlassene Sachschaden, der durch Zerstörung der Schaufenster und vernichtete Dekorationen usw. herbeigeführt ist, ist von dem betroffenen Geschäftsinhabern auf insgesamt 21 000 RM angegeben worden.

### Tränengasbomben in Koblenz.

In der Kaiserstraße in Koblenz, wo schon in den letzten Nächten kommunistische Ausschreitungen stattgefunden hatten, kam es verheerend zu Anschlägen. Die Polizei riegelte die Straße und die angrenzenden Straßenzüge ab und setzte, um Ausschreitungen vorzubeugen, die Zusammenrottungen mit Tränengasbomben.

## Auslands-Rundschau.

### Montag und Dienstag noch Bankfeiertage in Danzig.

Die noch immer ungeläuterte Lage in Deutschland hat den Danziger Senat veranlaßt, die Bankfeiertage auch noch auf Montag und Dienstag auszuweiten, so daß die rechtlichen und wirtschaftlichen Wärtungen der Bankfeiertage noch anbauern. Um aber den Geldumlauf allmählich wieder in normale Wege zu leiten, soll die neue Verordnung des Danziger Senats den Banken und Kassen die Verpflichtung auf, ihre Schalter mindestens in der Zeit von 10 bis 15 Uhr geöffnet zu halten und in dieser Zeit zur Wahrnehmung des Bank- und Sparkassenverkehrs Aufträge entgegenzunehmen, deren Ausführung keine Verzögerung über bestehende Guthaben bedingt.

## Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 20. Juli 1931.

\* Gestern nachmittag 1/6 Uhr überfiel ein von Raubstahl kommender Verbrechenstrupp den Remberger Mühlhändler Paul Thiemann aus Leipzig, die Inhaber der Stabskammerkammer am Fahrbahnhof an der Stelle der Stabskammer. Hinter denselben befanden sich Frau Rothe mit ihren 4 und 2/3 Jahre alten Kindern und die Tochter Helene des Händlers Fritz Koppich. Infolge der hohen Geschwindigkeit, konnte der Führer den Wagen nicht mehr zum Halten bringen. Ueberfahren wurden daher Helene Koppich, die einen Schlüsselbeinbruch, Kopfverletzungen mit Blutergüssen, Verstauchung des rechten Fußes und zahlreiche Hautabschürfungen erlitt, ebenso wurde das 2/3 Jahre alte Kind Inne Rothe von dem Wagen noch erfasst, wodurch es eine Querschnitt des rechten Fußes davontrug. Die Schuld trifft den Fahrer, der die auf mindestens 60 Meter sichtbare Straßensperre überfuhr, zum anderen hätte er soviel die Geschwindigkeit in der ermittelten Kurve herabmindern müssen.

\* Die Roggenerte ist nun auch in unserer Gegend im Gange, macht aber bei dem „feuchten“ Wetter nur wenig Fortschritte. Bei nur einigen Stunden „trockenem“ Wetter sieht man den Landwirt mit der Sense in der Hand Roggen mähen und gleich hinterher die Garben in Puppen stellen, da er zu jeder Stunde fast mit Regen rechnen muß. Von der Mähmaschine kann leider des vielen Lagergetreides wegen nicht immer Gebrauch gemacht werden und dann meist nur „einseitig“, so daß die Ernte viele mühsame Arbeit bereiten wird. Sichtlich bessert sich die Wetterlage in Kürze, damit die fast überall gut liegende Ernte trocken geerntet werden kann und der Landwirt nicht zusehen muß, wie das Getreide auf dem Felde verdirbt zu seinem Schaden und nicht zuletzt zum Schaden der Allgemeinheit.

**Süßen.** (Beurlaubt.) Bürgermeister Jastrow hat einen 30-tägigen Urlaub angetreten. Die Geschäfte der Stadtverwaltung führt in seiner Vertretung Beigeordneter G. Kaufsch. Z. wurde kürzlich vom Schöffengericht in Lögau zu einem Monat Gefängnis mit Verhörstrich verurteilt, weil er sich bei einem Leipziger Juwelier einen Brillanten für 1100 RM gekauft hatte und denselben nicht bezahlte konnte.

**Schmieberg, 17. Juli.** (Rein neuer Schultat.) Die Durch den Weggang des Schulrates Schulmader freigewordene Schultatsstelle wird nicht wieder besetzt. Der Schulaufsichtsbereich Schmieberg soll anderen Bezirken zugeteilt werden.

**Stellungnahme des Mitteldeutschen Handwerterbundes.**  
Der geschäftsführende Vorstand des Mitteldeutschen Handwerterbundes nahm eingehend Stellung zur allgemeinen Lage und zu den Notmaßnahmen der letzten Tage in ihren Auswirkungen auf die mitteldeutsche Wirtschaft von Handwerk und Gewerbe. Die großen Schäden des Mittelstandes, bei denen es sich um Millionen von Menschen und Milliarden von Mark volkswirtschaftlicher Werte handelt, werden gleichfalls auf das schwerste durch die katastrophale Krise in Mitteldeutschland gezogen. Mit Befremden stellt daher der Vorstand fest, daß der Mittelstand, dessen große Bedeutung für Staat und Wirtschaft angesichts der großkapitalistischen Zusammenstöße der letzten Jahre besonders offensichtlich geworden ist, bei der Erörterung und Durchführung der Notmaßnahmen nicht die entsprechende Würdigung erfährt, vielmehr die Lage und die Bedürfnisse der Großwirtschaft und der Unselbständigen bei diesen Verordnungen im Vordergrund stehen.

Mit aller Geduldlosigkeit fordert u. a. der Vorstand, daß bei dem bevorstehenden Zahlungserwerb der Banken verzöglicht die Möglichkeiten geschaffen werden, daß auch die Selbständigen in Handwerk und Gewerbe ihren dringendsten Bedürfnissen nachkommen können.

Der Vorstand wendet sich weiter mit einem dringenden Appell an die gesamte Auftragserschaft von Handwerk und Gewerbe, an die private wie auch besonders an die öffentliche, im Rahmen der Möglichkeiten Zahlungen für geleistete Aufträge und Aufträge durchzuführen und nicht einseitig zu sperren, und erhebt die Forderung an alle verantwortlichen Stellen, gerade in der gegenwärtigen Notlage in ihren Beratungen und Maßnahmen die Erhaltung der Betriebe des Handwerks und Gewerbes einzuschließen und die überparteiliche Stellung einzunehmen, die erforderlich ist, um die Gesamtwirtschaft und nicht nur einzelne Teile zu erhalten. In der Schlußfolgerung des Vorstandes wird hervorgehoben, daß eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes im Sinne einer Wiederherstellung nur durch eine Beilegung der unheimlichen Bestimmungen der Friedensdiktate und Revision der unerträglichen Tributverpflichtungen nach Außen und grundsätzliche Umkehr in der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik im Innern erreicht werden kann. Trotz aller Empörung, die berechtigt ist, weil alle Beratungen der Wirtschaft in den letzten Jahren nicht genügt haben, war es der Vorstand darüber einig, daß allein Befestigung der Weg ist, der aus der Katastrophe herauszuführen kann.

### Feierlichkeiten bei Mansfeld.

Esleben. Mit Rücksicht auf den Preisverfall und die ungenügenden Absatzmöglichkeiten auf dem Metallmarkt hat sich die Mansfeld u. G., wie W.F.Z. Handelsdienst hört, veranlaßt gesehen, in den Kupfer erzeugenden Betrieben Feierlichkeiten einzulegen. Der Betrieb geht im übrigen ungehindert weiter. Zweck der Maßnahme ist, die sonst notwendigen Entlassungen zu vermeiden.

### Gutsarbeiter gefündigt.

Unseburg. Der neue Richter der hiesigen Domäne hat sofort nach Übernahme des Amtes zahlreiche Arbeiter gefündigt. Man nimmt an, daß die Kündigungen, die natürlich den kleinen Ort schwer treffen, auf eine Faltung der Domäne zurückzuführen sind.

### Rätselhaftes Verschwinden eines Spartenrentenden.

Schwanebe. Bei Halberstadt. Seit Dienstag wird der Rentand der Spar- und Darlehnskasse in Schwanebe, der 69 Jahre alte Fritz Hildebrandt, vermisst. Sein Verschwinden ist völlig unerklärlich. Eine Prüfung der Kasse ergab keinerlei Unregelmäßigkeiten.

### Den Handwerkmessern hat man vergessen!

Dresden. Vom Bundesauschuss des Sächsischen Handwerks wird mitgeteilt, die beiden Verordnungen über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen stellen nicht die Barauszahlungen bei den Banken für Löhne, Gehälter, Unterzahlungen, Ersparungsleistungen und Steuern sicher, haben aber ganz den selbständigen Handwerkmessern vergessen, der heute vielfach nur noch allein im Betriebe arbeitet und in dessen Umfang zum großen

Teil eigener Arbeitslohn fließt. Die Banken lehnen die Auszahlung von Guthaben im Handwerkmessern für eigenen Rechnungsbogen ab und können nach der Verordnung auch keine Auszahlungen leisten, wenn der Handwerker zum eigenen Lebensunterhalt Abhebungen machen will. Man hat also buchstäblich vergessen, daß der selbständige Handwerkmessner auch noch ein Recht auf das Leben hat. Der Bundesauschuss des Sächsischen Handwerks hat daher folgende Telegramm an den Reichsanwalt geschickt: Reichsanwalt Dr. B r a u n i n g Berlin. Bitte bringend um Verordnung, daß Handwerkmessern und Gewerbetreibenden Barauszahlung von Gehältern ermöglicht wird, soweit sie verdienter Lohn im eigenen Betriebe sind und soweit sie zur eigenen Lebensführung gebraucht werden.

**Halberstadt.** Am Freitag nachmittag fanden auf beiden Parteien Zusammenstöße zwischen einer kommunistischen Straßensperre und der Schutzmannschaft. Die Kommunisten, die den Anweisungen der Schutzmannschaft folgten, wurden gewaltsam zurückgedrängt. Bei dem handgemenge trug der Führer der Kommunisten, R o s e, erhebliche Kopfverletzungen davon. Er wurde bewußlos ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei riegelte die Wärrte ab und lauberte sie. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

### Er wolle das Rathaus in die Luft sprengen.

Westereggen. Wie mir bereits mitteilen, wurde vor längerer Zeit durch wiederholte Drohbriefe angezündet, daß das Rathaus in Westereggen nicht nur abgebrannt, sondern sogar in die Luft gesprengt werden sollte. Weiter gelang es damals nicht, den Schreiber dieser Zeilen festzustellen. Nach eingehender Untersuchung wurde jetzt als Schreiber der Drohbriefe der 20-jährige frühere Reichswehrkrieger Karl N n e e ermittelt. Das Halberstädter Schöffengericht verurteilte ihn zu einem Monat G e f a n g n i s.

**Zagwerben** (Kr. Westereggen). Vor dem Westereggen Schöffengericht hatte sich ein Bureaugehilfe aus Tage w e r b e n, der in den Jahren 1924-1928 die Gemeindefälle verwalte, wegen Unterschlagung zu verantworten. Der Festbruder, der bei einer Revision im Jahre 1928 festgesetzt wurde, belief sich auf rund 8500 Mark. Das Gericht konnte sich jedoch nicht überzeugen, daß der Angeklagte die Summe an sich genommen hat, sondern hielt es für möglich, daß infolge des himmelstreichenden Zustandes der Buchführung, wie er jahrelang von der Gemeinde gebildet wurde, der Festbetrag nach und nach entfallen ist. Es erkannte auf Freispruch.

**Wilmshausen.** In einem Aufreiß des Thüringer Stahlwerks zur politischen Lage wird auf die Verschärfung des Kampfes innerhalb des nationalen Lager nach dem Sturz der bisherigen Reichsregierung hingewiesen. Während unelastische Zersplitterung die Streikkraft der nationalen Bevölkerung Thüringens zerstreut, bereiten sich infolge der Politik im Reich und in Preußen und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Katastrophe Ereignisse vor, die zur Zerrüttung von Staat und Wirtschaft und zur Vernichtung unseres Volkes führen können. Die Stellung des Stahlwerks außerhalb des Parlaments wurde systematisch ausgebeutet um den Entscheidungsschritt zwischen Nationalismus einerseits, Marxismus und Bolschewismus andererseits zu bestehen. Der Nationalismus umfasse die graue Front des Stahlwerks, die grüne des Nationalsozialismus und die grüne des bodenständigen erdbornenden Volksblocks.

Es ist das Bestreben gerade jetzt die Forderung gestellt, daß alle die Persönlichkeiten der politischen nationalen Bewegung zu entfernen sind, die es in Zukunft nicht leisten können, wegen vorangegangener Dure dauern berechnete und unberechnete Vorwürfe in geschäftiger Weise gegeneinander zu erheben und damit in verlebtem Parteigewissen den Weg zur Freiheit gefährden, anstatt endlich Bürgerfrieden zu stiften und sich zum gemeinsamen Kampf zusammenzufinden. Wer die Einheit der nationalen Front jetzt verfehlt, sei ein Verräter am Vaterland. Ihm gelte lebensgefährlicher, erbitterter Kampf!

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 17. Juli 1931.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 12 Stadtverordnete. Die Zuhörertribüne war diesmal weniger stark besetzt, wohl eine Folge der Kartenausgabe für die Zuhörer. Jeder Stadtverordnete kann über zwei Einladungen verfügen.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift, diese wird ohne Einwendungen ausgeprochen.

2. Kenntnisnahmen von a) Zustimmung des Bezirksauschusses zu den Kommunalsteuerzuschlägen, b) der Bewilligung von 630,86 RM. Beihilfe zu den Kosten der Berufshilfe durch den Kreisauschuss. Die gesamten Kosten für die Berufshilfe belaufen sich auf 2261,63 RM; c) von einem Dankschreiben des landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins für den Kreis Wittenberg für die gewährte Unterstützung beim Haushaltungsfest.

3. Ankauf eines Zuchttieres. Der bisherige ist an den Fleischermeister Schneider zu Schlachtwagen für 510 RM. verkauft; der neue kostet 444 RM. und ist vom Landwirt Otto Schulze gekauft. Sen. Vossig erklärt hierzu, daß der Magistrat von dem Standpunkt ausging, den alten Bullen in Remberg schlachten und das Geld für den neuen Remberger Zuchter zu zahlen.

4. Dohnerparcungen. Die Verammlung erteilt den Bietern die Zuschläge.

5. Anlegung eines Bürgersteiges in der Leipziger Straße. Stv. V. Aubley bemerkt hierzu, daß die 1927 bewilligte Beihilfe zum zweiten Male vom Landesparlament verweigert wurde, weil die Pflasterung nicht nach dem Kostenanschlag von 1927 ausgeführt wird. Sie soll gewährt werden, wenn die Fahrbahn verbreitert, der Untergrund verbessert und die Beschüttung niedriger gemacht wird. Provinz und Kreis haben die Beihilfen in Aussicht gestellt, wenn die Forderungen des Landesparlament erfüllt werden. Zur Abstellung dieser Beanstandungen wird das Steinmaterial aus der Leipziger Straße gebraucht. Bei dieser Gelegenheit soll ein Bürgersteig mitgepflastert werden. In der Ausprache bemängeln die Stv. Knaf und Klotz das zur Pflasterung vorgegebene Steinmaterial. Sie sind für die Pflasterung, erkennen aber das eigenmächtige Vorgehen des Magistrats bei der Steinbestellung nicht an, die Stadtverordneten sollen bei beratigen Objekten um ihre Meinung gefragt werden; derselben Ansicht ist auch Stv. Jozefel. Beigeordneter Kolbe erklärt dazu, daß der Magistrat das handelsübliche Material gekauft habe, was Senator Schäfer an Hand von Proben nachweist.

Während dieser Aussprache erschienen im Sitzungssaal Polizeihauptwachmeister Schneeweiß und Oberlandjäger Müller. Stv. Richter bemerkt dies und protestiert gegen die Tagung unter Polizeiaufsicht und wünscht zu wissen, wer den Polizeieinsatz angefordert hat. Stv. V. Ludley erklärt hierzu, daß er es nach den Vorgängen bei den letzten Sigungen für erforderlich gehalten habe und stellt an die Versammlung die Anfrage, ob er recht gehandelt habe. Stv. Knaf befragt dem Vorhergehenden, daß er ganz korrekt gehandelt hat.

In der Weiterberatung stellt Stv. Knaf den Antrag, ein Stadtbüro fertig zu stellen zu lassen, damit sich die Stv. von dem Ausfall der Pfisterung überzeugen können. Mit 7 Stimmen wird die Vorlage angenommen.

6. Schulmbau. Stv. V. Ludley führt aus, daß der Plan der Regierung ja eigentlich ein vollständiger Neubau gewesen sei, gegen den sich Kemberg immer getraut habe, weil nicht genügend Mittel vorhanden seien. Dann sei der Plan aufgetaucht, die jetzige Schule abschnittsweise umzubauen. Auch dieser Plan ließ sich nicht durchführen. Es ist nunmehr beabsichtigt, die Schule in einem Zuge umzubauen, vorausgesetzt, daß die Regierung den erforderlichen Zuschuß gibt. Der Umbau veranschlagt ungefähr 50.000 RM Kosten. Stv. Knaf glaubt nicht, daß es mit dem Umbau so schnell gehen wird. Zu begrüssen sei der Plan sehr, gebe er doch die Möglichkeit, Arbeitslose unterzubringen. Stv. Gärtner warnt mit dem Kaufmann so heranzuschmeißen. Der Bau hätte bis zum nächsten Jahre Zeit. Stv. Jaedel nimmt diesen Ausführungen nicht zu. Er wünscht, daß gebaut wird, wer weiß, wie es im nächsten Jahre mit unserem Geld aussieht. Stv. Knaf erwidert, in dieser Frage die Ruhe zu bewahren. Es sei dies ein Mittel, mit dem die radikalen Parteien gar zu gern freiben gingen. Zu beratigen Befürwortungen liegt kein Grund vor.

Bei dieser Gelegenheit nimmt Stv. Ludwig das Wort und erklärt, daß im ganzen nur 114.000 RM auf dem Sparbuch stehen. Als für sorgfältigen Hausvater hätte Bürgermeister Diege aber auch mitteilen müssen, daß die Stadt über 58.000 RM Schulden hat, (früher aufgenommenen Darlehen für Pfisterungen). Vom kaufmännischen Standpunkt aus sei es nicht korrekt gewesen. Notwendig ist es, daß bei der Haushaltsberatung auch eine Aufstellung der Vermögensobjekte der Stadt sowie der Schulden erfolge. Dann behauerte er, daß die Leipziger Straße nicht schon 1927 gebaut worden sei, als die Beihilfen bewilligt waren.

Die Veranlassung ist im Prinzip mit dem Umbau einverstanden, wenn die Regierung die Beihilfen gewährt.

7. Stv. Diquine bittet, dem Verkehrsband eine Beihilfe für die Regulierung des Fließes zu gewähren. Die Versammlung erklärt sich im Prinzip mit der Bewilligung einverstanden, ohne eine Summe zunächst festzulegen.

8. Der für die geschlossene Sitzung vorgesehene Punkt wird öffentlich verhandelt. Der Magistrat teilt mit, daß aus Grundstücksverkäufen im Jahre 1924 6335 RM Erlös wurden. Diese Summe sei wieder als Vermögenswert fest anzulegen. Die Veranlassung gilt die Zustimmung.

9. Beigeordneter Kolbe erbittet die Ermächtigung, in Niehm die Abortanlagen zu erweitern, da diese sich als

zu wenig erwiesen. Die Veranlassung ist damit einverstanden, ebenso mit der Anbringung einer Dachrinne am Gebäude Löpferstraße 3.

10. Stv. Kamann empfiehlt, die von der Stadt aufgenommenen Darlehen zurückzuzahlen, da die Verzinsung eine höhere ist, als die Stadt für ihr Guthaben bekommt. Beigeordneter Kolbe bittet, die ganze Angelegenheit zurückzustellen. Stv. Ludwig hält es für richtig, wenn die nachträglich bewilligten Beihilfen zur Abdeckung der Darlehen verwendet würden. Stv. Richter ist der Ansicht, daß es ratsam sei, einen Finanzauschuss zu wählen. Stv. Kamann empfiehlt es als Vorbeugung falscher Tatsachen, wenn auf der einen Seite von einem Guthaben von 120.000 RM gesprochen wird, auf der anderen Seite aber verschwiegen wird, daß die Stadt noch Schulden hat.

11. Stv. Schulze fragt beim Magistrat an, wie weit es mit der Ermächtigung der Lichtpreise sei. Stv. V. Ludley empfiehlt einen Staffeltarif für Großlichtabnehmer. Sein Vorschlag teilt hierzu mit, daß zunächst der Bau eines neuen Transformators geplant sei. Nach dem könne über die andere Angelegenheit gesprochen werden. Stv. Raete macht darauf aufmerksam, daß schon im April dem Magistrat die Anregung gegeben worden sei. Bis heute sei aber noch nichts unternommen.

Hierauf Schluß der Sitzung.

### Streit um 120.000 Mark.

Es ist doch eigentlich: Ich sehe nun hier in Goldberg und habe sein Gold, und in Kemberg hat man das Geld und ist auch nicht zufrieden: Ja, der liebe Gott kann es eben niemand recht machen. Wenn der das schon nicht kann, wie sollte es so ein klein armliebiges Bürgermeisterlein können? Es ist die alte Geschichte: Wie man's macht, ist's falsch und Geld macht nicht glücklich!

Eigentlich brauchte mich ja der Streit um die Kemberger Notstandsbrücke nicht mehr zu kümmern. Denn ich habe durchaus nichts zu verteidigen oder gar zu entschuldigen. Aber einmal habe ich doch noch Interesse an der Stadt, für die ich 14 Jahre arbeiten durfte und dann mußte ich zu meinem Schmerze erfahren, daß mich gewisse Leute wegen der Ersparnisse noch verdächtigen und verleumdern. Ich halte es daher im Interesse der Aufklärung der Bürgerschaft für notwendig, hier folgendes festzustellen:

1. Wie jeder kluge Hausvater in guten Zeiten etwas zurücklegt für seine Familie, so muß erit recht ein Bürgermeister auf einen Notspiegel halten für seine große Familie Stadt. Nach der Inflation gab es mehrere Jahre, wo es der Wirtschaft und damit auch den Gemeinden gut ging. In dieser Zeit habe ich für die Stadt geparkt, was ich nur konnte. Ich wollte ich eine Reserve schaffen für Zeiten schlimmer Not. Es gelang mir, rund 120.000 RM gezahlter Steuern für die Stadt zurückzubekommen, eine außerordentliche Beihilfe von 15.000 RM zur Pfisterung des Wittenberger Neumarktes zu erlangen und 8.000 RM, die die Staderordneten zum Bau der Turnhalle bewilligt hatten, als außerordentliche Staatsbeihilfe zu bekommen. Das sind schon 35.000 RM Sondererinnahmen, mit denen die Stadt nicht gerechnet hatte und auch nicht rechnen

konnte. Sie kamen auf das Sparkonto. Dazu kamen im Laufe der Jahre noch viele Sondererinnahmen: die Gelder für die von der Stadt verkauften Baumguthäuser, weitere außerordentliche Staatsbeihilfen, Ueberflüsse des Klettergärtnerwesens usw. Ich lege die Gelder in einem Sparbuch der Stadtparisse Kemberg an, das den Titel trägt „Notstandsbrücke der Stadt Kemberg“. Das Kapital wuchs von Jahr zu Jahr, und ich kann sagen, daß mir gerade diese Sache eine besondere Freude machte.

2. Es ist behauptet worden, die Rücklage sei nur zufällig entdeckt worden. Das ist eine wissenschaftlich ungenaue Behauptung, die mich verdächtigen will. Ich stelle demgegenüber fest, daß man es wohl keinen Zufall nennen kann, wenn ich persönlich und ohne jede Anregung in einer Magistratsitzung und in einer öffentlichen Stadtverordnetenitzung vor meinem Vergange den Bestand der Rücklage angebehe habe. Ich wollte damit den Herren Stadtvertretern eine besondere Freude machen: Die haben sie auch gehabt. Von dem Vorhandensein der Notstandsbrücke habe selbstverständlich nicht nur ich gemußt. Die Sparbuchbeamten haben natürlich jeden Einlageposten ins Sparbuch eingetragen und außerdem in die Kassendücker. Die Kämmererbeamten haben ebenfalls die nötigen Buchungen vorgenommen. Der Herr Kämmerer hatte das Buch stets in Verwahrung. Er gab im Laufe der Jahre manche nützliche Anregung zu Rücklagen, wenn die Lage der Kämmerei solche gestattete. Auch die Rechnungsprüfer haben mehrfach Feststellungen getroffen über Einlagen zur Notstandsbrücke. Der Herr Beigeordnete war von mir von jeher unterrichtet und hat durch gute Mitarbeit den Betrag vermehren helfen. Ebenso haben sich die übrigen Magistratskollegen darum mit verdient gemacht.

3. Meine Sparpolitik entpand durchaus vernünftigen Grundlagen der Kommunalverwaltung, obwohl sie eigentlich gerade das Gegenteil von dem war, was man in anderen Städten getan hat. Dafür steht aber Kemberg gerade jetzt in diesen schlimmen Zeiten als große Einzelerscheinung in der Reihe der Städte sehr gut und gestützt da, während andere Gemeinden am Abgrund stehen. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß die Stadt trotz der Rücklagen von 1924 bis 1931 Kommunalsteuern erhoben hat, die weit und breit die niedrigsten waren (90 % bebauter Besitz, 180 % unbebauter Besitz, 270 % Gewerbe). Man lüde eine andere Stadt mit gleichartigen Steuerlagen!

4. Jeder gute Bürger wird sich gewiß freuen, daß die schöne Summe, die heute 10.000 RM, jährliche Zinsen bringen kann, der ist. In der bewegten Zeit der Vorkriegszeit ist es doch für eine Stadt eine Verbilligung und ein großer Nutzen, eine Notstandsbrücke in Höhe von rund 50 RM je Kopf der Bevölkerung zu haben. Ich fürchte, es kommen noch ganz schlimme Zeiten für die Städte. Vielleicht bekommt man mancher, der jetzt mißbeißt, noch eine andere Ansicht über die geschätzte Notstandsbrücke!

Mit herzlichsten Grüßen an meine Kemberger Freunde und an mein altes Rathaus  
Goldberg, den 16. Juli 1931

Diege, Bürgermeister.

## Zwangsvorsteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

10. September 1931, 10 Uhr

- an der Gerichtsstelle — Zimmer 3 — versteigert werden das im Grundbuch von Kemberg Band 28 Blatt 1344 (eingetragener Eigentümer am 13. Mai 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes Kaufmann Gustav Nolenthal in Halle a. S. eingetragenen Grundstücks Gemark. Vuffdorf, Kartbl. 1, Parz. 345/7, Acker v. Plan 477, 9,14 ar 0,36 Tlr.
- Gemark. Vuffdorf, Kartbl. 1, Parz. 346/7, Acker v. Plan 476, 477, 775 ar, 0,31 Tlr. ufw.
- Gemark. Vuffdorf, Kartbl. 1, Parz. 347/7, Acker v. Plan 476, 477, 746 ar, 0,29 Tlr. ufw.
- Gemark. Vuffdorf, Kartbl. 1, Parz. 348/8 Hofraum etc. Weinbergstr. 15, ufw.
- 7,38 ar, Nutzungswert 135 Mark
- Gemark. Vuffdorf, Kartbl. 1, Parz. 364/7, Neudenerstr. Hofraum etc. ufw.
- 19,88 ar, Nutzungswert: 155 Mark

Kemberg, den 24. Juni 1931

Amtsgericht.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 17. September 1931, 10 Uhr

- an der Gerichtsstelle — Zimmer 3 — versteigert werden das im Grundbuch von Reuben Band 6 Blatt 274 (eingetragener Eigentümer am 18. März 1931 dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes der Ziegeleibehrer Erwin Wlaker in Reuben eingetragenen Grundstücks Gemarkung Reuben, Kartenblatt 2 Parzelle 493/59, Acker vom Plan Nr. 75 von 35,01 ar Größe, 0,41 Tlr. Neimarkt
- und Hofraum, Gänserhelle Nr. 71 von 3.- ar Größe, Nutzungswert: 72.— Mark Grundsteuer mütterliche Art 298, Gebäudesteuerrolle Nr. 74

Kemberg, den 29. Juni 1931.

Amtsgericht

## Jede Hausfrau

die es mit sich und ihrer Familie gut meint, abonniert

„Unser Freund“

mit hoher Unfall- und Sterbebeihilfe für die ganze Familie.

Außerdem kostenfreie Rechtshilfe in allen Angelegenheiten.

Unsere Vertreter sind am Plage. Platzvertreter werden eingestellt.

Schade, Werbeleiter, i. Fa. Jentrig, Berlin SW. 61,

3. Zl. Kemberg, Hotel Palmbaum.

## Prima frisches fettes Hammel- und Rindfleisch

empfiehlt Willy Käy

Frisches Hammel- und Rindfleisch

empfiehlt Louis Richter

Frisches Hammelfleisch

empfiehlt Ernst Bachmann

Dienstag früh 7 Uhr Speckfuchen

bei Ernst Berndt

Dienstag früh Seefische

in Eispackung

garantiert lebensfrisch

P. Mierschke

Perl-Delikatess-Zwiebeln

und neue Kartoffeln

verkauft Ernst Höhne, Wittenbergerstr. 57

Ferkel

hat zu verkaufen Ernst Lehmann, Leipziger Neumarkt 9

Sauerkirschen

verkauft Carl, Weinbergstraße

## Hausverkauf.

Beabsichtige mein Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäuden in gutem Zustand und schönen Garten, eventuell auch mit etwas Acker, zu verkaufen

Griesen 36 bei Wörlitz

Sensen Sichel

Wetzsteine

Dengelambosse

Dengelhammer

Sensendrähte

Heugabeln

Harken

empfiehlt

J. G. Glaubig

Ruchen- u. Einmache-

Kirschen

hat zu verkaufen

Otto Grunide, Weinbergstraße 17

Nehme von heute

jeden Posten Sauerkirschen

für die Presse

zum höchsten Preis an

Ernst Heinrich, Hübenerstr. 16

Riesenspörgel

Älter-spörgel

Buchweizen

Zottel wicken

Belustigen

Weißerübensaat

empfiehlt

J. G. Glaubig

## Neue Speise-Kartoffeln

hat abzugeben

W. Springer, Zieschewitz

## Ein Wurf Ferkel

zu verkaufen

Zöpferstraße 13

## Meine Wohnung

befindet sich jetzt

Wittenbergerstr. 37

G. Braunsdorf,

Schneidermeister

## Baugelder,

Synthesen, Geschäftskredite und

Darlehen langfristige zu günstigen

Bedingungen, reell, diskret

Keine Vermittlungsgebühren

Nähers durch

Adolf Weth, Wittenbergerstr. 24

## Leeres Zimmer

mit Küche gesucht, möglichst in der

Stadt. Angebote an die Geschäfts-

stelle der Zeitung erbeten.

## Wohnung

bestehend aus 2 oder 3 Zimmer

mit Küche, in Gadjig zu ver-

mieten. Auskunft erteilt Gastwirt.

Nächst in Gadjig

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Militarisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Gebühr übernommen. — Beilagsgebühr: 10.— M., das Fahren, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 85

Dienstag, den 21. Juli 1931

33. Jahrg.

## Die Abstimmungsartei

zum **Volksentscheid „Landtagsauflösung“** liegt vom 24. Juli bis einschl. 3. August während der üblichen Geschäftszeit in der Stadtdirektion zur Einsicht aus. Eintritte sind bis zum Ablauf der Auslegungfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen.

Kemberg, den 20. Juli 1931.  
Der Magistrat.

## Die Kellerräume im Amtsgericht

sollen am **Mittwoch, dem 22. Juli, um 19 Uhr**, auf drei Jahre verpachtet werden.

Sammelort: Amtsgericht. Bedingungen im Termin.  
Kemberg, den 20. Juli 1931.

Der Magistrat.

## Mütterberatungsstunde

Donnerstag, den 23. Juli, 14 Uhr.

im Bürgeraal.  
Kemberg, den 20. Juli 1931.  
Der Magistrat.

## Umfang der deutschen Kapitalflucht.

Mehr als 6 Milliarden RM. In Verbindung mit der Vorberedung über die Kapitalflucht wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Ueber den Umfang der Kapitalflucht aus Deutschland gehen auch in Sachverständigenkreisen die Meinungen erheblich auseinander. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat auf dem Provinzialparlament der Zentrumspartei in Kiel im Mai 1930 ausgeführt:

„Gegenwärtig befinden sich bei der ungeheuren Kapitalverknappung für langfristige Anleihen etwa 8 Milliarden RM. deutsches Geld im Ausland, vorwiegend in der Schweiz. Dieses Verhalten der deutschen Kapitalbesitzer ist unpatriotisch und muß aufs schärfste verurteilt werden.“

Im geraden Gegensatz hierzu stehen Ausführungen, die Professor Dr. Casel im November 1930 gemacht hat und in denen er die Behauptung aufgestellt hat, daß die Annahme einer Kapitalflucht in Deutschland eine Nebensart sei. Casel macht folgende Berechnung auf: „Das Ausland hat seit 1924 an Deutschland geliehen: kurzfristige Anleihen 11,3 Milliarden, langfristige Anleihen 9,3 Milliarden. Außerdem borgte das Ausland Deutschland 6 Milliarden als Beteiligungen. Das Ausland hat von Deutschland erhalten: Tributlöhnen 8 Milliarden, Zinsen 2 Milliarden. Deutschland nahm für 7,8 Milliarden mehr Waren auf, als es ausfuhrte, und gab an das Ausland 9,4 Milliarden Beteiligungen und Anleihen.“

Eine eigentliche Kapitalflucht besteht nicht, sondern es handelt sich nur um einen Bestwechfel.“

Es ist indessen nicht richtig, lediglich gelohnmäßig diesen Vortrag zu betrachten. In den Verhandlungen der Friedrich-Witt-Gesellschaft vom Oktober 1930 ist bis zum Jahre 1929 die deutsche Kapitalflucht auf 4 bis 4,5 Milliarden RM. beziffert worden. Während 1924 und 1925 Kapital hereinkam, hat bereits im Jahre 1926 die Kapitalabwanderung eingesetzt, die sich bis zum Jahre 1929 auf die erwähnte Summe gesteigert hat.

Im Jahre 1930 hat die Kapitalabwanderung nach allgemeinem Eindruck einen großen Umfang angenommen. Man wird sie auf mindestens 1,5 Milliarden schätzen können.

Nach einer Berechnung beträgt der deutsche Gesamt-Kapitalexport seit der Stabilisierung mehr als 6 Milliarden RM. Es muß aber auch in diesem Zusammenhang betont werden, daß das Institut für Konjunkturforschung zu Beginn des Jahres 1930 den Betrag der Kapitalflucht für das Jahr 1930 nur auf rund 700 Millionen RM. geschätzt hat.

Aber selbst wenn man diese Summe annimmt und dazu noch die Kapitalflucht des Jahres 1931 in Rechnung stellt, kommt man auf einen Betrag von mehr als 6 Milliarden RM.

Dabei wird auch die Auffassung des Reichsfinanzministers Dietrich richtig sein, wenn er sagte, daß es im letzten Notjahr nicht mehr sehr viele Leute gegeben hat, die Geld ins Ausland schaffen konnten.

Die Gesamtziffer der Kapitalflucht wird sich rein rechnungsmäßig kaum genau ermitteln lassen. Es handelt sich immer nur um Schätzungen, und es ist sehr schwierig, die Verhältnisse bei der Rückkehr Deutschlands zur festen Währung einigermaßen sicher zu schätzen. Sedenfalls ist aber die Gesamtziffer und auch die Vermehrung seit dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen sehr hoch, so daß die Kapitalflucht in ihrem jetzigen Stadium durchgreifende Maßnahmen erforderlich gemacht hat.

## Keine Einberufung des Reichstages.

Kellessenrat am 23. Juli. Berlin, 18. Juli.

Der Kellessenrat des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Brüning zu einer Sitzung zusammen, um zu den Anträgen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen. Die Anträge wurden von den Vertretern der Oppositionsparteien begründet. Da jedoch nur die Antragsteller für sie eintraten, wurde sie mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Dahingegen wurde dem Zulammentritt des Kellessenrates am 23. Juli — also nach der Londoner Entscheidung — zugestimmt. Präsident Brüning ein Schreiben des Reichstagskanzlers Dr. Brüning zur Kenntnis, in dem es heißt:

„Im Hinblick auf den großen Ernst der gegenwärtigen Lage, die ich nicht mehr erst darzulegen brauche, muß ich aus vaterländischem Interesse die dringende Bitte an das hohe Haus ausprechen, die Anträge auf Einberufung des Reichstages abzulehnen. Der Zulammentritt des Reichstages kann in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes aus schweren Schäden anrichten.“

## Zweckoptimismus in Paris.

„Keine ultimativen Forderungen.“

Die gesamten Pariser Blätter geben der Auffassung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Paris eine Entspannung herbeiführen werden, schon aus dem Grunde, weil man ja in keiner Weise ultimative Forderungen stelle, sondern lediglich eigentlich selbstverständliche finanzielle und politische Garantien verlange. Da aber mittlerweile bekannt geworden ist, daß auch der italienische Außenminister Grandi an den Verhandlungen teilnehmen würde, so fragt man sich immerhin etwas besorgt, welche Haltung dieser einzunehmen gedenke.

Der politische Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, wendet sich jedoch sehr scharf gegen die englischen Absichten, die Pariser Konferenz als eine Art Vorbesprechung hinstellen, um die Hauptfragen erst in London zu regeln. Es handele sich, so betont er, bei der Regelung der deutsch-französischen Beziehungen nicht um eine Frage, die eines Schiedsrichters bedürfte, noch habe man die Absicht, das Verhandlungsgebiet zu erweitern. Zwischen Frankreich und Deutschland gebe es keinerlei Vermittlungsmöglichkeit, ganz gleich, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Die zu regelnden Fragen müßten von Angesicht zu Angesicht zwischen den deutschen und den französischen Vertretern erledigt werden. Die Verhandlungen würden sich auf der Grundlage der wirtschaftlichen und finanziellen Krise Mitteleuropas und den zu ihrer Beseitigung möglichen Mitteln bewegen. Es handele sich weder um Abrüstung noch um eine Revision der Verträge. Wenn die französische Regierung die englische Einmischung endgültig annehme, so würde das bedeuten, daß die Pariser Besprechungen erfolgreich gemein sein.

Leon Blum verurteilt im „Populaire“ aufs schärfste



ritos stellen werde, das den französischen Bedingungen nicht zustimme. Henderson werde aber in Paris auf die Deutschen einen Druck dahin ausüben, eine entgegenkommende Haltung einzunehmen. Auf der Londoner Konferenz werde Amerika voraussichtlich einen Antrag einbringen, daß parallel mit dem Schuldenfestjahr ein Rüstungsfestjahr gehen sollte. Ein jedermann in England lieg dagegen, daß Deutschland in den Zustand wirtschaftlicher Sklaverei gebracht würde. Der Pariser Korrespondent der

„Morningpost“ sagt, daß die französischen Forderungen nicht etwa das Höchstmögliche, sondern das Mindestmögliche darstellten, denn die Franzosen wollten den Versailles Vertrag auf weitere zehn Jahre hinaus gegen jegliche Angriffe sichern.

## Amerika nimmt die Forderungen nicht ernst.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost“ gibt die amerikanische Auffassung dahin wieder, daß man dort von England die Vorlage eines Gegenplans erwarte.

Die amerikanische Regierung lehne es ab, die französischen Vorschläge für ernst zu nehmen. Im übrigen lie Amerika gegen jeden Verlust, aus Deutschland erniedrigende Zugeständnisse herauszuquetschen, und zwar, ganz abgesehen von anderen Gründen, besonders im Hinblick auf die Rückwirkungen in Deutschland und die Gefahren für die Brüning-Regierung. Andererseits sei Amerika auch gegen solche Schritte, die wie ein Verlust einer Forderung Frankreichs angesehen würden, denn man glaube, daß ohne französisches Mitarbeit keine Hoffnung auf politische oder wirtschaftliche Sicherheit in Europa bestände.

## Hoover gibt genaue Anweisungen.

Präsident Hoover hat auf dem Kabelwege Staatssekretär Stimson genaue Anweisungen zugehen lassen. Im Weichen Haupte wird dazu erklärt, daß Staatssekretär Stimson angewiesen worden ist, seine Mitarbeit bei den Verhandlungen lediglich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken.

Präsident Hoover hat auch den in Chicago auf Urlaub befindlichen Postchef Dames aufgegeben, unverzüglich auf seinen Londoner Posten zurückzukehren, um die Staatssekretäre Mellon und Stimson bei den Verhandlungen zu unterstützen. Im Weichen Haupte macht man sich anerkennend auf eine längere Dauer der Konferenz gefaßt.

## Frankreichs geistloses Echo.

Das polnische Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, begrüßt wie auch die übrige Presse mit Freude und Genugtuung die Bedingungen, die den Deutschen Ministern in Paris zur Annahme vorgelegt worden sollen. Das Blatt bezeichnet diese Bedingungen als bescheiden, weil sie der Notwendigkeit Rechnung trügen und darüber auch nicht weiter hinausgehen. Der wichtigste Punkt der Forderungen sei der nach unversäherlicher Sicherheit, zumal nur eine solche den Frieden und die Ordnung in Europa zu garantieren vermöge. Entschieden jedoch sei nach Meinung des Blattes, daß die Deutschen auf diese Bedingungen auch wirklich mit Ehrlichkeit eingehen würden. Das sei in diesem Falle wichtiger als der Inhalt selbst.

## Die Ankunft in Paris.

Die deutschen Reichsminister trafen um 14.05 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof ein und wurden von den amtlichen französischen Persönlichkeiten empfangen. Etwa eine halbe Stunde vor Antritt des Nordzugs trafen Loval, Briand, Francois Poncelet und Berthelot sowie der Polizeipräsident Ciappe auf dem polizeilich abgetrennten Bahnsteig ein, während von der deutschen Botschaft sämtliche Mitglieder mit dem Botschaftsrat Forster an der Spitze erschienen waren.

Auf dem für die Begrüßung freigelassenen Teil des Bahnsteiges waren nur die amtlichen Persönlichkeiten und einige benutzte Pressevertreter zugelassen. Als der Zug eintraf, verließen Reichstagskanzler Brüning und Dr. Curtius, begleitet von Botschafter von Godech, ihren Wagen, worauf die französischen amtlichen Vertreter ihnen entgegenkamen und sie mit kurzem Händeschütteln und den üblichen Worten begrüßten. Offizielle Anreden wurden bei dieser Gelegenheit nicht gehalten. Nach dem Verlassen des Bahnsteigs wurden die Minister dem Kreuzeur der Photographen ausgehakt, während das Publikum fortgesetzt „Vive la France!“, „Vive la Paix!“ und „Vive Loval!“ schrie. Die Herren besaßen ihre Wagen und fuhren ungehindert zur deutschen Botschaft bzw. zu den französischen Amtsgebäuden.

## Die ersten Höflichkeitsbesuche.

Reichstagskanzler Brüning hat gleich nach seiner Ankunft in Paris dem Ministerpräsidenten Daal einen Besuch abgelegt, der bis 16.30 Uhr dauerte. Gleichzeitig suchte der Reichsaussenminister Curtius Briand auf. Um 16.30 Uhr begann im Gebäude des Außenministeriums die erste Zusammenkunft zwischen den Deutschen und den französischen Ministern. Die Unterredung wurde um 19 Uhr abgeschlossen, da die französische Regierung noch gesellschaftlichen Pflichten nachzukommen hatte.